

22.09.2017

Solidarität mit den Beschäftigten von Thyssen-Krupp

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Thyssen-Krupp hat mit dem indischen Konzern Tata eine Absichtserklärung über den Zusammenschluss ihrer europäischen Stahlaktivitäten in einem 50/50-Joint Venture unterzeichnet!

Erstmals trifft ein Vorstand in einem Unternehmen der Montanindustrie eine so einschneidende Vereinbarung, ohne die Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter auch nur zu informieren oder am Prozess zu beteiligen. Dieses Vorgehen bedeutet einen Bruch in der Industriegeschichte unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg. Dass der Vorstand von Thyssen-Krupp für seine angestrebte Fusion auch noch politische Rückendeckung der Landesregierung erhält, namentlich von Ministerpräsident Armin Laschet und Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart, ist ebenso einmalig. Alle Ministerpräsidenten hatten bisher für die Interessen der Beschäftigten gekämpft, Laschet und Pinkwart kämpfen für die Bilanzen der Manager. Statt sozialer Gewissenhaftigkeit herrscht bei der Landesregierung Gleichgültigkeit.

Die Belegschaft, die Betriebsräte und die IG Metall wehren sich gegen die Fusion. Nach allem, was bisher bekannt wurde, enthält die Vereinbarung große Risiken. Konkret bedroht sind mindestens 2000 Arbeitsplätze bei Thyssen-Krupp. Aber die Befürchtungen, dass dies nur der Einstieg in einen massiven Stellenabbau bedeuten würde, sind groß. Die Konzernzentrale soll künftig in den Niederlanden angesiedelt werden. Dort gibt es aber keine Montanmitbestimmung. Das schürt die Befürchtungen der Stahlkocher an der Ruhr, in Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen und Duisburg, aber auch in Finnentrop, Hagen-Hohenlimburg, im Siegerland und nicht zuletzt in Andernach in Rheinland-Pfalz, künftig nur noch fremdbestimmt zu werden.

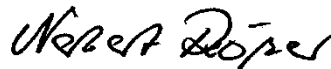
Die Montanmitbestimmung darf nicht ausgehöhlt werden. Sie ist ein Erfolgsmodell. Dafür kämpfen die Belegschaften, die Betriebsräte und die IG Metall. Sie fordern Standortgarantien angesichts der Risiken einer Fusion, die Unternehmensteile in Großbritannien und NRW zusammenschweißen will. Sie fordern Sicherheit für ihre Arbeitsplätze und damit Zukunftsperspektiven für die Beschäftigten und ihre Familien. Sie fordern den Erhalt der Montanmitbestimmung, ohne die ein Strukturwandel ohne soziale Brüche nie gelungen wäre. Sie haben dabei die NRWSPD an ihrer Seite.

Zeigt auch Ihr, wo immer Ihr könnt, Eure Solidarität mit den Beschäftigten von Thyssen-Krupp und ihren Familien.

Mit solidarischen Grüßen,



Mike Groschek



Norbert Römer